

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

1.11.1921 (No. 255)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Haupt-
schr.
leiter
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Haupt-
schr.
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M. 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Redaktion zu befragen. In den von uns angekauften und konfirmierten Fahrzeugen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Nach der Wahl.

Bevor wir uns kurz mit dem Echo beschäftigen, das die vorgelegten Landtagswahlen in der Presse der Parteien gefunden haben, halten wir es für angezeigt, einen Vergleich anzustellen zwischen dem Ergebnis der vorgelegten Landtagswahlen und dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen vor dem Kriege, also der Landtagswahl vom Oktober 1913. Durch die neue Wahlgesetzgebung hat sich die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber der Vorkriegszeit um das 2 1/2 bis 3fache vergrößert. Eine Partei hat also ihren Bestzustand aus der Vorkriegszeit gewahrt, wenn sie heute annähernd dreifach soviel Stimmen aufzuweisen hat, als damals.

Sehen wir uns nun die einzelnen Parteien daraufhin an! Was zunächst das Zentrum betrifft, so erhielt es 1913 rund 116 000 Stimmen. Vorgeföhrt erhielt es rund 341 000 Stimmen. Es hat also seinen Bestzustand nicht nur gewahrt, sondern noch um eine Kleinigkeit vergrößert. — Die sozialistischen Parteien, die 1913 noch als eine Partei in den Wahlkampf zogen, haben 1913 rund 74 000 Stimmen erhalten. Wenn sie jetzt (also Mehrheitssozialdemokratie, Unabhängige und Kommunisten zusammen) 267 000 Stimmen auf die Beine brachten, so ist das erheblich mehr als das dreifache, ja beinahe das vierfache der Zahl von 1913. Der Sozialismus hat also vergleichsweise nicht unerheblich zugenommen. Sondern man die Kommunisten aus, so ergibt sich, daß Mehrheitssozialdemokratie (204 000 Stimmen) und Unabhängige (27 000 Stimmen), zusammen gut das dreifache der Zahl von 1913 erreicht, d. h. auch ohne die Kommunisten ihren Bestzustand erweitert hat.

Was die früheren Konservativen (rechtsstehende Vereinigung) anlangt, so erhielt sie 1913 rund 32 000 Stimmen, müßten also jetzt etwa 80—85 000 Stimmen aufweisen. Nun hat die Deutschnationale Volkspartei, die parteipolitische Fortsetzung der früheren Konservativen, allerdings nur rund 76 000 Stimmen erhalten. Diesen 76 000 Stimmen müßten aber wohl etwa 30 000 Landbundstimmen und etwa 3000 Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung zugezählt werden. Das ergäbe dann eine Summe von ca. 110 000 Stimmen. Gehen wir von dieser Summe aus, so zeigt sich, daß auch die Rechte ihren Bestzustand nicht nur gewahrt, sondern nicht unerheblich vergrößert hat.

Nicht schwierig ist der Vergleich bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Zählen wir beide Parteien zusammen und rechnen etwa 30 000 Landbundstimmen und 7000 Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung hinzu, so ergibt sich eine Summe von 167 000 Stimmen. Die Summe ist zu vergleichen mit der Stimmenziffer, die 1913 auf Fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale entfiel. Diese Stimmenziffer betrug 110 000. Wäre der Bestzustand gewahrt worden, so hätte diesmal eine Stimmenziffer von etwa 280 000 bis 300 000 Stimmen erreicht werden müssen. Das ist nicht geschehen. Statt 280 000 Stimmen haben diese Parteien zusammen nur 167 000 Stimmen aufgebracht. Und auch diese Zahl gilt ja nur dann, wenn wir jene 30 000 Stimmen vom Landbund und jene 7000 Stimmen von der Wirtschaftl. Vereinigung mit hinzuzählen. Ohne diese Stimmen ist das Verhältnis noch viel schlimmer.

Die eigentliche Vertreterin des früheren Nationalliberalismus ist die heutige Deutsche Volkspartei. 1913 erhielten die Nationalliberalen noch 80 000 Stimmen (die Fortschrittliche Volkspartei 30 000 Stimmen). Die Deutsche Volkspartei hätte also diesmal mit 200 000 Stimmen aufwarten müssen, wenn sie den alten Bestzustand des Nationalliberalismus hätte wahren wollen. Statt dessen hat sie befanntlich nur 54 000 Stimmen erhalten. Ein Resultat, das die Feststellung des „Badischen Beobachters“, daß von dem einst in Baden allmächtigen Liberalismus so gut wie nichts mehr übrig geblieben sei, durchaus rechtfertigt.

Die Tatsache, daß der Liberalismus sich auch bei der vorgelegten Landtagswahl von seinem Sturz nicht mehr zu erholen vermochte, wird auch in den Zeitartikeln der parteipolitischen Presse nachdrücklich hervorgehoben. Es ist aber keineswegs nur die der Deut-

schen Volkspartei feindliche Presse, die diese Tatsache unterstreicht, sondern auch in den Blättern der Deutschen Volkspartei selbst kommt die Enttäuschung — man könnte vielleicht besser sagen: die Verzweiflung — ziemlich deutlich zum Ausdruck. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei hatte man, wohl auf Grund sehr mangelhafter Berechnungen, angenommen, daß die Partei mit 12 bis 14 Abgeordneten in den Landtag ziehen werde. Und nicht umsonst sind noch kurz vor der Wahl die „Badische Presse“ und die „Badische Landeszeitung“ in Karlsruhe von der Demokratie zur Deutschen Volkspartei hinübergeschwenkt. Beim „Karlsruher Tagblatt“ war diese Schwenkung nicht nötig, da es bereits seit längerer Zeit unter der Ägide seines neuen Chefredakteurs eine Politik betreibt, für die selbst die Deutsche Volkspartei noch zu weit links steht. Der heutige Leitartikel des „Karlsruher Tagblatts“ muß geradezu als eine offizielle Anbiederung an die Deutschnationalen aufgefaßt werden. Jedenfalls werden „Badische Presse“ und „Badische Landeszeitung“ wohl seit vorgeföhrt Nacht eingesehen haben, daß sie und ihre maßgebenden Sintermänner auf falsche Pferd gesetzt haben. Welche Schlussfolgerungen die beiden Organe aus dieser Erkenntnis ziehen werden, wird man wohl schon in allernächster Zeit, und zwar vielleicht nicht ganz ohne ironisches Lächeln, feststellen können. Ganz offen wird die Niederlage des Liberalismus in der „Badischen Presse“ eingestanden. Ja, dieses Blatt verzichtet sogar auf den Trost, der darin bestehen könnte, daß offenbar ein erheblicher Teil der Landbundwähler als deutschvolksparteilich orientiert anzuprehen ist; es sagt vielmehr: „Es wird hoffentlich kein Streit zwischen den bürgerlichen Parteien entbrennen, welche von ihnen die größte Stimmenzahl an die wirtschaftlichen Interessentenlisten (Landbund und Wirtschaftl. Vereinigung) abgegeben habe. Denn es kann unseres Erachtens keine politische Partei besonderen Wert auf die Feststellung legen, daß gerade bei ihr ein besonders großer Teil der früheren Wähler ihr bisher die Stimme in der Hauptsache aus materiellen Gesichtspunkten gegeben habe.“

Schon viel beneidenswerter ist die Ruhe, mit der sich die „Badische Landeszeitung“ mit dem für die Deutsche Volkspartei höchst unangenehmen Wahlergebnis abfindet. Daß diese Indolenz den Verfasser des betreffenden Artikels nicht abgehalten hat, auch bei dieser Gelegenheit den Reichstanzler Dr. Wirth wieder einmal in unwürdiger Weise anzurempeln, wird bei den Eingeweihten weiter keine Verwunderung erregen. Es hat jedoch keinen großen Zweck mehr, sich mit dieser Politik der „Badischen Landeszeitung“ zu befassen. Dazu ist die Bedeutung des Blattes zu sehr gesunken. Und zudem wissen wir ja auch noch gar nicht, ob nicht vielleicht schon in den nächsten Tagen eine neue Ankündigung zu lesen sein wird, in dem dieses Organ der erkaunten Öffentlichkeit mitteilt, daß es von jetzt ab — deutschnationale Politik betreiben wolle.

Der „Volkstreue“ meint, daß an diesen Wahlen keine Partei sonderliche Freude haben dürfte, u. zwar auch das Zentrum nicht, da es in den Landbezirken draußen doch den Landbund als Pöhl im Fleische empfinden werde. Wir glauben kaum, daß es öble Politiker in Baden geben wird, die dieser Auffassung, soweit sie das Zentrum betrifft, zustimmen werden. Nach Lage der Dinge kann die Zentrumspartei mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sein. Und bezeichnend ist ja gerade der Umstand, daß der Landbund es nicht vermocht hat, dem Zentrum irgend welchen nennenswerten Abbruch zu tun. Daß die sozialistische Arbeiterschaft nicht sehr gut abgeschnitten hat, und daß hieran vor allem die Kommunisten und Unabhängigen schuld sind, wird vom „Volkstreue“ nicht verkannt. Das sozialdemokratische Organ wendet sich dann an die Unabhängigen mit der Mahnung, die richtige Lehre aus der Wahl zu ziehen, und wieder mit zumarschieren in Reich und Glied der alten Sozialdemokratie.

Von besonderer Bedeutung ist die Wahlbetrachtung des „Badischen Beobachters“, des führenden Organs der stärksten Partei im Lande. Der „Badische Beobachter“ schreibt u. a.:

„Die bisherigen Regierungsparteien verfügen immer noch über eine Verfassungsmehrheit, und damit haben sie die badische Politik, wenn alle Teile wollen,

fest in der Hand. Mit dieser Bemerkung wollen wir den Entschlieungen unserer Fraktion in keiner Weise vorgehen. Neben dieser Möglichkeit bestehen allerdings noch eine Reihe anderer Wege zu Mehrheitsbildungen. Freilich die theoretischen und praktischen Möglichkeiten sind oft zwei verschiedene Dinge. Immerhin kann festgestellt werden, daß die Wahlen des 30. Oktober eine Abwehrrmehrheit in Zukunft zu herbeiföhren. Diese Abwehrrarbeit bestand bis zur Stunde nicht, sonst wäre wahrscheinlich verschiedenes in der badischen Verfassung anders ausgefallen.“

So sehr sich die verschiedenen Möglichkeiten darbieten, können doch nur immer jene in Betracht gezogen werden, die im wirklichen Dienste von Volk und Vaterland stehen. Theoretische Möglichkeiten dürfen nicht dazu verleiten, Experimente zu machen, die in ihren Endwirkungen das Gegenteil von dem bringen würden, was man im ersten Augenblick von ihm hoffte. Weitsehende Klugheit ist heute umso notwendiger, je schwieriger die Lage ist. Der parabolische Grundsatz: Weniger ist mehr, hat auch heute noch eine gewisse Geltung.

Der Führer des Zentrums hat wiederholt in Wahlversammlungen mit großer Deutlichkeit es ausgesprochen, daß jede ehrliche Hilfe im Dienste für Volk und Vaterland, gleichgültig, von welcher Seite sie kommt, willkommen ist. Aber er hat auch betont, daß Wirtprojektionen und Nebenwerbungen nach Lage der Dinge wohl nicht zu den politischen Notwendigkeiten gehören dürften.

Man wird sich fragen dürfen, ob bei dieser Konfiguration der badischen Kammer es ratsam ist, gleich nach ihrer Konstituierung, die wohl am 9. November stattfinden dürfte, die neue Regierungsbildung ins Auge zu fassen. Uns möchte scheinen, daß die Kammer klugerweise diese außerordentlich wichtige Frage für eine Zeit aufsparte, in der sich verschiedene Verhältnisse geklärt haben.“

Was den Landbund betrifft, so hat nach der Feststellung des „Badischen Beobachters“ „die ganze Landbundbewegung trotz des stolzen Namens „Bauernliste“ nicht so viel Vertreter der Landwirtschaft hereingebracht, als von vornherein im Zentrum sichergestellt waren“. Unter den sieben Landbundesgeordneten seien im übrigen nur zwei Katholiken. Die Deutschnationalen seien mit ihrem „katholischen Ausschuß“ glatt „durchgefaßt“. Die Wirtschaftliche Vereinigung werde wohl Unterfchlupf suchen bei der Partei, die ihr politisch nahe steht. Das seien aber nicht die Deutschnationalen. „Wenn dem so wäre, würde die alte Koalition um ein Mandat vermehrt werden.“ Die Deutsche (liberale) Volkspartei habe unter anderm den großen Fehler gemacht, daß sie von den alten nationalliberalen Politikern, die einen Namen hatten, keinen einzigen aufgestellt habe. Was die Mehrheitssozialdemokratie betreffe, so „könnte vielleicht festgestellt werden, daß der Radikalismus auf dem Lande zum Landbund abmarschiert sei“.

Internationale Wirtschafts- und Finanzprobleme.

Von Dr. Klaus Buchmann-Darmstadt.

Nachdruck verboten.

(Schluß).

V.

Ein Wiederaufbau-Programm.

Vorschläge des Holländers Biffering.

Das heutige Chaos wird ein Ende erst nehmen, wenn die Welt Vergangenheit Vergangenheit sein läßt und hilfsbereit sich wieder die Hände reicht. In erster Linie muß jetzt Gelegenheit gegeben werden zu eingehenden internationalen Besprechungen, um gemeinschaftliches Handeln hinsichtlich des Wiederaufbaues vorzubereiten und anzubahnen. Bankiers und Großkaufleute aus den verschiedensten Ländern haben als die ersten diesen Weg schon vor zwei Jahren beschritten. Hervorragende Persönlichkeiten aus den Vereinigten Staaten, England und Frankreich waren im Oktober 1919 in Amsterdam versammelt; dann wieder im November, und es nahmen diesmal auch Herren aus Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz an den rein privaten und vertraulichen Aussprachen teil. Man faßte ein Memorandum, das im Januar 1920 den einzelnen Regierungen überreicht wurde und in dem vor allem der Wunsch zum Ausdruck kam, daß ohne Verzug eine große internationale Konferenz von Vertretern der Finanzwelt einberufen werden möchte, damit sie die Lage prüfe. Auf den bedeutungsvollen, durch den Gang der Ereignisse aber teilweise schon überholten Inhalt des Memorandums näher einzugehen, fehlt hier der Raum. Eine deutsche Übersetzung findet sich in dem Büchlein „Internationale Wirtschafts- und Finanzprobleme“ von Dr. G. Biffering, Präsident der „Niederländischen Bank“, das Anfang 1920 im Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin, erschien. Biffering gibt hier eine solche Fülle wertvollster Feststellungen und sachverständiger Vorschläge, daß wohl keine internationale Konferenz zur Sanierung der Weltfinanzen und der Weltwirtschaft daran wird vorbei können. Er entwickelt ein bis ins Letzte durchdachtes Wiederaufbau-Programm, das in folgenden fünf Forderungen gipfelt: 1. Einstellen

der Schaffung künstlicher Kaufkraft durch Ausgabe von Staatsguldenscheinen, Kommunalobligationen und Papiergeld (einschließlich Banknoten); 2. Revision der Schulden; 3. eine allgemeine Kreditorganisation, an der sich alle bedeutenden Länder der Welt beteiligen können; 4. Einrichtung eines organisierten Warenaustauschverkehrs für Staaten, deren Valuta nicht mehr als Zahlungsmittel im Weltverkehr angenommen werden kann; 5. Reorganisation des Welt- und Zentralnotenbankwesens in den verschiedenen Ländern, deren Valuta so stark gesunken ist. Diesem letzten Punkt, bei dem der Verfasser, wie überhaupt bei seinen Ausführungen, vor allem Österreich im Auge hat, soll erst näher getreten werden, wenn die Punkte 1-4 soweit erledigt sind. Aus der eingehenden Begründung und Erläuterung, die Biffering jeder dieser Forderungen gibt, seien nur die allermerkwürdigsten Sätze zusammengefasst: Wohl von keinem Lande der Welt kann man heute behaupten, daß es sich nicht mißbräuchlich der Schaffung künstlicher Kaufkraft schuldig gemacht hat. Diese ist aber als das Grundübel anzusehen; an Wiederaufbau ist nicht zu denken, wenn nicht durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um sie zu verhindern. Auch genügt es nicht, Schuldforderungen auf Papier zu fixieren, selbst wenn das Papier einen solchen offiziellen Charakter trägt, wie er dem Friedensvertrage zukommt. Vor allen Dingen wird festgestellt werden müssen, daß die besiegten Länder in der Tat instande sein werden, diese Schulden zu bezahlen. Es ist jedoch sehr wünschenswert, wenn nicht dringend erforderlich, dasselbe gesunde Prinzip auch hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit der anderen Länder anzuwenden. Und wenn erst Klarheit geschaffen ist über die Schulden, dann kann man für den Wiederaufbau der Welt wichtige Arbeit leisten, indem man den Ländern größere Kredite eingeräumt werden sollen, ist vorläufig dahin zu beantworten, daß jedes der teilnehmenden „lending countries“ (Leihstaaten) der Berechnung seines Anteils seine eigene Valuta zugrunde legt. Dem „Dumping“ (Unterbietung der Preise des Auslandes) und der Entgüterung der valutaschwachen Länder wäre durch die Einrichtung eines organisierten Warenaustauschverkehrs ein Ende zu machen. Jetzt, wo das Geld als Vermittler zwischen gewissen Ländern ausgeschaltet ist, gilt es, einen neuen Vermittler zu finden. Als solcher könnte eine Körperschaft dienen mit dem von Biffering gewählten englischen Namen „Barter-Institut“, d. h. Warenaustausch-Institut. Dieses hätte die gesamte Nachfrage von billigen und drüben zu registrieren, wobei zugleich eine Wertbestimmung vorzunehmen wäre, mit Hilfe vielleicht einer neuen Rechnungseinheit, einer fiktiven Goldmark, eines fiktiven Goldgulden oder dergl. Die gegenseitigen Angebote, und bei der Ausführung des Kaufes die Lieferungen, würden dann ihrem Werte nach verrechnet, so daß schließlich nur geringfügige Saldo für die letzte Verrechnung übrig blieben. Ein gewisser Zwang würde jedoch wohl angewandt werden müssen, um diesen Kaufverkehr erst einmal in Gang zu setzen. So wird man u. a. der weiteren Entgüterung Deutschlands gegen auf die Dauer verdrängten Zahlungen in Reichsmark entgegenzutreten müssen. In Deutschland wäre also eine neue Preisbestimmung für Lieferungen nach dem Ausland vorzunehmen, und diese Lieferungen wären über das Barter-Institut zu leiten, während im übrigen den Käufern und Verkäufern in den verschiedenen Ländern volle Freiheit gelassen würde, sich betreffend Geschäfte miteinander in Verbindung zu setzen. Die Wiederherstellung des Geldwesens und des Standes der Valuta wäre für Deutschland in der Weise zu erreichen, daß zunächst kein weiteres Papiergeld mehr gemacht und ausgegeben wird. Die vorhandenen Papiermarken lasse man vorläufig ruhig in Umlauf; sie werden in der Praxis einzig und allein den Zwecken des inländischen Zahlungsverkehrs dienen und demnach als Zahlungsmittel für den Verkehr mit dem Auslande keine nennenswerten Rolle mehr spielen können. Es ist jedoch anzunehmen, daß die vorhandenen Papiermarken nicht sämtlich für die Bedürfnisse des täglichen Geldverkehrs benötigt werden; vielmehr sind gebankt oder befinden sich im Auslande. Man schaffe deshalb die Möglichkeit, diese Mark in eine langfristige Staatsanleihe umzutauschen, und statt diese Staatsanleihe mit einem niedrigen Zinsfuß, vielleicht 2 1/2 v. H., aus. Dann besteht gute Aussicht, daß die gewaltige Menge der ausge-

gebenen Papiermarken schon auf diesem Wege eine bedeutende Verminderung erfahren wird. Gleichzeitig spanne man jedoch alle Kräfte an, um daneben wieder eine Goldmark in den Verkehr zu bringen. Wie das anzufangen ist, steht Biffering in eingehendster und plausibelster Darstellung zunächst für Österreich und dessen Kronen auseinander. Leider kann ich an dieser Stelle keinen Gedanken ansetzen nicht weiter folgen. Soviel sieht aber auch ohne dem fest, daß Biffering's Programm in der ganzen Welt Beachtung verdient, denn es zeigt Wege ins Freie.

Schlusswort.

Armut und Bitternis hat der männermordende Krieg seinen Vasallen als Lohn hinterlassen. Und so kann denn bis heute niemand seines geretteten Lebens froh werden, weder Sieger noch Besiegte. Noch immer ist es Nacht in den Seelen der Völker, Frau Sorge schleicht durch die Lande, und die Morgenröte des neuen Tages will nicht herauf. Probleme von ungeheurer Größe halten die Menschheit in Atem, Probleme dem gordischen Knoten vergleichbar, den auch seines Geistes Wiz und keiner Hände Geschicklichkeit zu entwirren mochten, bis der große Alexander kam und ihn mit dem Schwerte einfach durchhieb. An der Stelle des Schwertes steht heute der Schuldschein, und auch ein anderer Alexander lebt — drüben in Amerika. Nur von dort her kann das neue Welttrüffel gelöst werden. Werden die Vereinigten Staaten, die durch ihre Stärke dem blutigen Ringen ein Ende zu setzen vermochten, mit ihrem goldenen Zauberstab jetzt auch die Not des Friedens bannen? Das ist die bange Frage von heute. Versagt Amerika sich diesmal der rettenden Tat — was sehr zu befürchten ist, wenn die Washingtoner Abrüstungskonferenz ergebnislos verläuft und die Gefahr im Stillen Ozean bestehen bleibt — dann wird Europas Leidenszeit noch lange währen, so lange sicherlich, bis Freund und Feind sich friedlich zu einander finden in der Erkenntnis, daß sie nur mit vereinter Kraft des gemeinsamen Schicksals Herr werden können.

Mitte Oktober 1921.

Politische Neuigkeiten.

Einigung in der Beamtenbesoldungstrage.

Über die Fragen des Neuaufbaues des Besoldungswesens und die wegen der weiter eingetretenen Teuerung für die Beamten zu treffenden Maßnahmen haben die seit mehreren Tagen geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Beauftragten der Spitzenorganisationen zu einer Einigung geführt. Wenn auch die Wünsche der Beamtenorganisationen nicht restlos erfüllt werden konnten, so wurde doch eine Erhöhung der Grundgehälter zugestanden, die sich für notwendig erwiesen hat, weil sonst die mangelhaften Teuerungszuschläge in ein so trübes Verhältnis zu den leistungsabhängigen Bezügen gekommen wären. Auch der Ortszuschlag und der Winderzuschlag sollen beträchtlich erhöht werden. Dadurch kann der Teuerungszuschlag wieder in ein gesundes Verhältnis zu den Grundgehältern gebracht werden. Es ist ein Satz von 20 Prozent vorgesehen. Der durch diese Maßnahmen bedingte Mehraufwand ist ein erheblicher; aber wegen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse unvermeidlich. Der Beamtenbesoldungswesen und der Länder wird durch die vereinbarten Verbesserungen, die mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 gewährt werden sollen, eine wesentliche Hilfe in ihrer derzeitigen Notlage zuteil. Alle beteiligten Faktoren sind sich darin einig, daß die Mehraufwendungen an die Beamtenhöfen mit größter Beschleunigung ausbezahlt werden sollen. Die Reichsregierung wird die Gesetzesvorlage den gesetzgebenden Körperschaften ungeschont unterbreiten. Aber für die Angestellten und Arbeiter vorzunehmende Verbesserungen wird unverzüglich im Anschluß an die Beamtenverhandlungen verhandelt werden.

Zum Sturz der Mark.

Laut „Sunday Times“ sind sich die meisten englischen Sachverständigen jetzt darüber klar, daß der Sturz der deutschen Mark in großem Maße auf die großen Reparationsforderungen in diesem Jahre zurückzuführen sei. In Regierungskreisen werde allgemein daran geglaubt, daß Deutschland die nächste Zahlung im Januar nicht leisten könne. Dies würde womöglich die Befestigung des Ruhrgebietes durch Frankreich und den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands bedeuten. Die Auswirkung auf die französische Währung und den englischen Handel würde verhängnisvoll sein. Das britische

Schaumant besahe sich daher augenblicklich ernstlich mit einem Plan, der es Deutschland ermöglichen soll, seinen Verpflichtungen nachzukommen, ohne daß daraus sein Ruin folge, und man hoffe, daß Frankreich, das sich jetzt über die Lage klar sei bei diesem Plan mitwirken werde. Wenn Deutschland auf diese Weise unterstützt werde, so sei es nur natürlich, daß gewisse Zugeständnisse mache. Eine der Bedingungen würde vielleicht sein, daß Deutschland sich verpflichte, kein Papiergeld mehr zu drucken, sondern sich „entsprechend (!) zu bestreuen“

Die Untersuchung der mitteldeutschen Unruhen.

Vor dem Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages zur Untersuchung der mitteldeutschen Märzunruhen wurden in den letzten Tagen, einem Bericht der „Fels. Zig.“ zufolge, verschiedene belastende Aussagen über Schupo-Leute gemacht. Bergmann Bittel will die Erschießung von 5 Arbeitern von seiner Küche aus angesehen haben. Oberamtschiffst Roth, der damals im Leinwerder die Notstandsarbeiten leitete, hat nach seiner Aussage Mißhandlungen, auch eine Anzahl barbarischer Tötungen gesehen. An der vierzehnjährigen Tochter des Zeugen habe ein Schupo-Leute einen Notzuchtversuch gemacht. Dieser Zeuge, sowohl wie der Zeuge Altmeyer, bezeichneten als einen der Schlimmsten den Oberwachmeister Heim (so hießen sie den Namen, die Schreibweise ist ihnen unbekannt) und dessen Schwager.

Heinrich Lehmann (Charlottenburg), der als Schupo-Leute an dem Gescheh in Biesenthal teilgenommen hat, sagte aus: Der Amtsvorsteher von Trebitz sei dem Leutnant von der Tann zum Verhör vorgeführt worden, der ihn aber nicht habe zu Worte kommen lassen, sondern desolaten habe, ihn zum Hauptmann zu führen, wobei er angeordnet habe, daß der Gefangene durch einen Hohlweg geführt werden sollte, und zugleich die nicht mißzuverstehende Geißel des Erschießens gemacht habe.

Der Amtsvorsteher sei nun auch während des Transportes im Hohlweg erschossen worden. So habe er es wenigstens von seinem Kameraden gehört, die Erschießung selbst habe er nicht gesehen. Eine angeblich in der Wohnung des erschossenen Amtsvorstehers gefundene Summe von 2000 M. sei den Schupo-Leuten übergeben worden. Über den Verbleib des beschlagnahmten Geldes konnte man nichts in Erfahrung bringen. Der Zeuge ist nach seiner Angabe später aus der Schupo-Polizei entlassen worden, weil er in der Erregung über das Verhalten des Leutnants von der Tann die Befehle habe fallen lassen, er könnte diesen Menschen mit dem Karabiner vor den Kopf schlagen. — Nach Beendigung des Verhörs teilte Staatskommissar Dr. Weismann im Auftrag des Ministers des Innern mit, daß der Minister auf Grund des Berichtes sofort den Justizminister um Untersuchung der bekannt gewordenen Mißhandlungen gebeten habe. Nach dem Bericht des Oberstaatsanwaltschaft in Raumburg zur Zeit noch drei Untersuchungsverfahren über die mitteldeutschen Unruhen.

Über die Erschießung des Ortsvorstehers Müller in Klostermansfeld und bedenkliche Äußerungen eines Wachtmeisters, werden ebenfalls belastende Aussagen gemacht, ebenso von einem inzwischen entlassenen Schupo-Leute über andere Erschießungen und über das Verhalten des oben genannten Leutnants v. d. Tann. — Staatskommissar Dr. Weismann erklärte, die Staatsanwaltschaft habe die Übergriffe zu untersuchen; bereits eingestellte Verfahren müßten eventuell wieder aufgenommen werden.

Schließlich wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, schleunigst zu ermitteln, 1. welche Abteilungen der Schupo-Polizei bei diesen Vorfällen beteiligt gewesen sind; 2. welche Beamte sich rechtswidrige Handlungen haben zuschulden kommen lassen oder als Vorgesetzte geduldet haben; 3. für schuldig befundene Beamte aus der Schupo-Polizei rückwirkend zu entfernen; 4. in allen Fällen, wo Verstöße gegen das Strafgesetz vorliegen, die Staatsanwaltschaft mit deren Verfolgung zu beauftragen; 5. dem Landtage über das Ergebnis der Ermittlungen alsbald Bericht zu erstatten.

In Zusammenhang mit den letzten Zeugenvernehmungen im Landtags-Untersuchungsausschuß über die mitteldeutschen Unruhen schreibt der amtliche preussische Pressebericht: „Allen an der Aufrührerbekämpfung im mitteldeutschen Industriegebiet (März 1921) beteiligten Schupo-Polizeibeamten war vor ihrem Einmarsch nachdrücklich zur Pflicht gemacht worden, sich jedes unvorschriftsmäßigen Verhaltens von gefangenen Aufrührern unter allen Umständen zu enthalten. Es wurde ihnen schon damals eröffnet, daß jeder Schupo-Polizeibeamte, der sich in dieser Richtung Verstöße zu Schulden kommen ließe, strengste Verurteilung zu erwarten hätte. In allen derartigen Fällen, die sich trotzdem ereignet haben, hat, soweit sie bekannt geworden

Rabindranath Tagore, der Denker.

Nachdem Heinrich Berl in seinem ersten literarischen Vortrag das dichterische Wirken des indischen Schriftstellers Rabindranath Tagore beleuchtet hatte, entwickelte er am letzten Samstagabend im Saal der Bierjahreszeiten die Hauptgedanken seines philosophischen Systems. Berl's Ausführungen sollen im folgenden nur skizziert werden. Die beiden philosophischen Hauptwerke Tagores sind „Nationalismus und Sadana“. Ein Fundamentalsatz seiner Weltanschauung ist: Die ganze Welt ist eine Schöpfung der Freude. Die Welt und der reife Mensch stehen einander gegenüber wie Freunde.

Nach außen ist die Natur geschäftig und rastlos, aber im Innern ist sie schweigend und Freude. Nach außen hin ist der Mensch gebunden, aber im Innern hat er Freiheit.

Tagores Lehre ist die höchste Bejahung der Welt aus dem Gefühl der Freude. Das Abendland hat das Gefühl der Freude verloren, daher auch in „Nationalismus“ die schroff ablehrende Stellung gegen das Abendland.

Tagore kommt immer wieder zur Forderung der Erweiterung unfres Selbst- und Weltbewußtseins. Die Menschenseele ist in der Lage, über die durch die äußere Welt gezogenen Grenzen hinwegzukommen. Wenn Tagore sogar in der Technik und Wissenschaft eine Entwicklung erblickt will, so erblickt man daraus, daß er von dem Einfluß der Zeit und Umgebung nicht freigeblieben ist, denn auf diesem Wege ist eine Verinnerlichung nicht möglich.

Auch pessimistische Stellen finden sich in Tagores Werken. Aber im Grunde seiner Seele ist er zum Gegenteil hinausgewachsen. Er predigt den Optimismus. Dabei lehnt er die Trennung von Mensch und Welt ab. Ein Band persönlicher Verwandtschaft verknüpft uns mit der Welt. Unsere Schöpfungen sind nur Abwandlungen von dem großen Weltgedanken Gottes.

Auch die dichterischen Werke spiegeln Tagores Weltanschauung wieder. So stimmt er in „Sangesopfer“ ein Lied der Freude an: Die Freude ist es, die alle Schätze nichtsachtend wegwirft in den Staub. Freude in Allem, daß ist die Grundnote

seiner Lebensweisheit. Aus der ewigen Freude werden alle Dinge geboren. Wenn Gott sich offenbart, so tut er es durch die Freude. Ein anderer Name für diese Freude ist die Liebe. Der Rhythmus der Freude kommt nicht aus Kampf und Gegensatz, sondern aus innerer Einheit.

Wir fassen Freude und Glück zu englich auf. Nur wenn wir sie als etwas Unendliches begreifen, haben wir das Beglückende der Freude erkannt. In der Sinnwelt kann die Seele nie das Ziel ihrer Freude finden.

Daß es Leiden und Hemmungen in dieser Welt gibt, darüber sollen wir nicht wundern. Die Schöpfung ist unvollkommen, und der Strom des Weltlebens hat seine Grenzen. Aber Endzweck und Ziel ist nur Freude: das Welt muß schwinden, muß sich zum Guten auswaschen.

Auch Tagores Stellung zur Lebensverneinung des Buddhismus wurde von dem Redner eingehend beleuchtet. Tagore geht über Buddha hinaus, indem er das Wesende in Buddha, das man bisher übersehen hat, betont. Der Zustand des Nirwana wird in der Liebe zum Ewigen erreicht.

Nach Tagore ist das Wesen der indischen Philosophie eine Art Idealismus. Aus dem Buddhismus klingt das Rein der Sinnwelt. Der Buddhist will nicht wiedergeboren werden. Das Nirwana ist aus der absoluten Verneinung konzipiert.

Tagore aber betont das Ja. Er steht nicht im eigentlichen Gegensatz zum Buddhismus, aber er hat ihn überwunden. Er hat nichts mehr mit ihm zu tun, er benötigt ihn nur als Durchgang. Die Grundsubstanz des Tagoreschen Denkens ist im Gegensatz zum Pessimismus der meisten Religionen die Freude. So wird er zu einer Art persönlichen Religionsstifters: Der Religion der Freude.

Reben der Freude ist eine nächstwichtige Tatsache die: Tagore gehört zu den Geist-gläubigen Menschen. Er sucht nach dem Geist der Schöpfung und glaubt, daß dies der Beitrag des Orients zum geistigen Aufbau der Menschheit sei. Das Geheimnis, warum der Mensch denken kann, bewegt ihn so tief, daß er wünscht, dieses Rätsel noch vor seinem Tod lösen zu können.

Tagore ist von jedem Intellektualismus frei. Intellekt ist ihm nur Werkzeug. Intellekt ist unpersönlich. Unser Verstand kann vom persönlichen Menschen losgelöst werden.

Wahres Wissen gewinnen wir aus dem inneren Gleichklang des in uns wühlenden Geistes. Hohes Wissen hat keinen Wert. Das Abendland dagegen brüzt Wissen ist Macht. Der Intellekt kann uns nie die Seele der Welt vermitteln.

Die Kunst ist die Ergänzung der Wissenschaft. In der Kunst offenbart sich der Mensch selbst, in der Wissenschaft die Dinge. Durch die Wissenschaft allein würde die Welt nur die Funktion geistiger Kräfte. Erst das Gefühl von den Dingen ist das Letzte.

In all seinen Schriften hat Tagore die Musik als Ausgangspunkt genommen. Er ist ein grundmusikalischer Natur. Die Musik ist ihm die höchste Kunst, weil sie am wenigsten durch den Stoff getrübt wird. Im letzten Grunde haben wir ihn und den ganzen Orient aus der Musik zu begreifen.

Tagores Haltung gegen den Nationalismus ist zum großen Teil durch die politische Lage Indiens bedingt. Auch Tagore weiß, daß Kunst und Kultur aus der Nationalität herauswachsen müssen. Aber andererseits sieht er im Nationalismus vor allem das Streben nach Macht; das den Menschen von seinen höheren Zielen ablenkt. Der Nationalismus der Nationen zerstört des Menschen bestes Selbst.

So wuchs aus den geistvollen Darlegungen Weils die Gesamtpersonlichkeit Tagores plastisch und eindrucksvoll heraus als des einzigen repräsentativen Menschen, der eine hohe Sendung zu erfüllen hat: die Verführung der Abend- und Morgenlandes.

Die kleine Führerschaft dankte dem Redner am Schluß durch herzlichen Beifall.

Babisches Landes-theater. Am Donnerstag, den 3. November, findet die erste Wiederholung des Spiels „Spiel des Schatten“ von Hellmut Unger statt. Als nächste Neuinszenierung geht am Samstag, den 5. November, „Die Wildente“ von Henrik Ibsen in Szene. — Der Schwan „Waffenfieber“ gelangt am Sonntag, den 6. Oktober, im Konzerthaus zu dritter Aufführung. — Von den für dieses Spieljahr geplanten Klassiker-Vorstellungen befindet sich die Neuinszenierung von Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ in Vorbereitung

sind, sofort gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Dieselbe hatte nachstehendes Ergebnis:

In vier Fällen mußte das Verfahren eingestellt werden, teils, weil es sich herausstellte, daß die Betroffenen als Anführer im Kampf gefallen waren, teils, weil es an hinreichendem Tatverdacht gegen die beteiligten Schutzpolizisten fehlte. Diese Fälle sind: a) der Tod eines gewissen, in Querschnitt festgenommenen Strube und einer unbekanntem Person, wahrscheinlich eines Diebes; b) der Tod des Arthur Heide in Beuma; c) die Mißhandlung des Elektrikers Stets in Beuma; d) der Tod des Bürochreibers Kurt Herzog aus Bitterfeld. In mehreren Fällen schwebt das Untersuchungsverfahren zurzeit noch. Soweit die Sitzung des Untersuchungsausschusses im preussischen Landtag vom 27. Oktober 1921, in der eine Anzahl Zeugen vernommen wurde, ein weiteres Eingreifen des Justizministers für nötig erachtet, wird die sofortige Untersuchung der einzelnen Fälle unverzüglich eingeleitet werden.

Eine englische Stimme gegen die französische Kulturschmach.

„Sunday Express“ veröffentlicht einen Artikel von Frederick A. Wilson, datiert aus Wiesbaden vom 29. Oktober. Der Verfasser schildert auf Grund einer mehrtägigen Reise im Rheinland und in der Pfalz die tiefe Erbitterung, die in allen Bevölkerungsschichten über die Verwendung von farbigen französischen Truppen herrscht. Die deutschen Kräfte seien in Verzweiflung über die Zunahme der Krankheiten. Ihre zahllosen Mahnungen zu besserer Überwachung wurden von den Besatzungsbehörden mit Achselzucken und mit der Bemerkung: „C'est la guerre!“ beantwortet. Die Einrichtung öffentlicher Häuser sei ein weiterer Fleck auf dem Konto der Franzosen. „Umweil meines Wiesbadener Hotels“, sagt der Verfasser, „bezeichnet sich ein auf Anordnung der französischen Behörden eingerichtetes Bordell, das gemäß den gegebenen Anordnungen mit deutschen Frauen besetzt ist und von Senegalesen besucht wird.“ Der Verfasser fährt fort: „Ich fürchte, es haben sich zahlreiche Fälle von Überfällen ereignet. Kein deutsches Mädchen wird sich abends ohne Begleitung ins Freie wagen.“ Der Verfasser zieht einen Vergleich zwischen der Unzufriedenheit der Bevölkerung in der französischen Zone und dem guten Verhältnis zwischen der Kölner Bürgerschaft und den englischen Besatzungsgruppen und schließt, das französische Publikum sei über die tatsächlichen Verhältnisse schlecht unterrichtet. Frankreich müsse seine verkehrte Politik aufgeben. Frankreich könne den Rhein auch ohne farbige Truppen überwachen und damit eine sehr berechtigte Beschwerde der Deutschen berücksichtigen.

Aus Jülich berichtet die „Frl. Bg.“: Die farbigen französischen Soldaten (Marokkaner), die früher in Schwelmer waren, wo es ja bekanntlich zu vielen Ausschreitungen dieser Truppen gekommen ist, sind seit kurzer Zeit in Jülich untergebracht. Seitdem ereignen sich auch in Jülich, das bisher von farbigen Besatzungstruppen verschont war, zahlreiche Überfälle auf Frauen und Mädchen. Die Polizei der Stadt Jülich hat bei solchen Vorfällen jedesmal äußerst energisch eingegriffen, bis nunmehr der von Worms hierher strafversetzte franz. Delegierte vom Bürgermeister verlangte, daß die Ermittlungen der Polizei bei ständigen Verhandlungen der Besatzungstruppen einzustellen seien, wenn nicht die Überfälle von sich aus der Polizei Anzeige erstatten würden. Fast ungläublich klingt es, daß dieser Delegierte erklärte, daß er die Ausweisung des Polizeikommissars oder gar des Bürgermeisters beantragen werde, wenn die Polizei nochmals überfallene Frauen oder Mädchen veranlasse, solche Überfälle der Besatzungstruppen, die sie nicht anzeigen wollten, anzuzeigen. Es ist zu hoffen, daß die Interalliierte Rheinlandkommission dieses juristisch sinnlose und moralisch gar nicht zu kennzeichnende Vorgehen ihres Delegierten — Strafenüberfälle sind keine Angelegenheit — nicht beden wird. Wo sucht man von französischer Seite gewaltsam die Wahrheit zu verfluchen.

Ein Vertrauensvotum für Lloyd George.

Lloyd George erklärte in einer Unterhausrede über die irische Politik, es sei wesentlich, daß die Lage gelöst werde, damit die Regierung wisse, was die Ansicht des Unterhauses über die irische Politik sei. Das Unterhaus müsse entweder seinen Unterhändlern vertrauen oder sie durch andere ersetzen. Er und seine Kollegen wollten wissen, ob das Unterhaus wünsche, daß sie versuchten, den Frieden herbeizuführen. Wenn das Unterhaus dieses nicht wolle, so gebe es einen Mann, der froh sein werde, zu seinem Souterrain zu gehen und zu sagen: Ich überreichte Ihnen hiermit mein Portfeuille. Zu dem gegen die Regierung erhobenen Vorwurf, daß sie mit Leuten umierhandele, die die Autorität der Regierung nicht anerkennen, erhebe er die Frage, mit wem sie denn verhandeln solle. So müßten die Verhandlungen mit den Leuten geführt werden, die für den Augenblick im Namen der Mehrheit des irischen Volkes sprechen. Den einzigen Punkt, über den das Unterhaus entscheiden müsse, sei der, ob man überhaupt eine Konferenz stattfinden lassen solle. Es handle sich darum, ob das Haus der Regierung sagen werde: Geht das Verhandeln auf Unterdruckt zuerst den Aufwand, auferlegt Irland eine Regierung, die dem Parlament gerecht erscheint! Sollte die Konferenz abgebrochen werden, so werde die Regierung das Haus ersuchen, die Streitkräfte der Krone beträchtlich zu verstärken. Er müsse jedoch ausdrücklich sagen, daß jetzt nicht die Zeit dafür sei, den Steuerzahlern weitere große Lasten aufzulegen und die Jugend von neuem aufzufordern, ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Bevor man dies tue, müsse man das englische Volk überzeugen, daß keine andere Wahl bestünde. Im Anschluß an seine Rede erhielt Lloyd George ein Vertrauensvotum von 439 gegen 43 Stimmen.

Der Abtransport Karls von Habsburg.

Aus Budapest wird gemeldet: Exkönig Karl wird in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch von Libany nach Dunajvar gebracht werden, von wo er die Weiterreise mit dem englischen Stenonboot „Glywurm“, wahrscheinlich nach Galatz, antreten wird. Der Transport werden die Militärvertreter Englands, Frankreichs und Italiens besorgen. Wie ferner aus Budapest gemeldet wird, hat sich die Große Entente der Forderung der Kleinen Entente nach Thronentsetzung nicht nur König Karls, sondern der ganzen Dynastie Habsburg angeschlossen. Dagegen besteht die Differenz bezüglich des Erfolges der Mobilisierungskosten und in der Frage der Abklärung Ungarns zwischen der Großen und Kleinen Entente nach wie vor fort.

Sowjetrußland an die Großmächte.

Die Sowjetregierung hat der britischen Regierung am 28. Oktober eine Note überreichen lassen, in der unter Bezugnahme

darauf, daß die Brüsseler Konferenz die Gewährung von Krediten zur Milderung der russischen Hungersnot von der Anerkennung der Schulden der bormaligen russischen Regierung abhängig gemacht hat, erklärt wird, die Sowjetregierung habe angesichts der hungernden Massen beschlossen, die zaristischen Schulden vor dem Jahre 1914 anzuerkennen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß besondere Bedingungen und Erleichterungen gewährt würden, die die Verwirklichung dieses Versprechens möglich mache. Absolute Bedingung für diese Anerkennung sei, daß die Großmächte sich verpflichteten, jeder Aktion, die die Sicherheit der Sowjetregierung und der Republik des fernen Ostens bedrohe, ein Ende zu bereiten, mit der Sowjetregierung endlich Frieden zu schließen u. sic anzuerkennen. Zu diesem Zwecke schlägt die Sowjetregierung vor, schleunigst eine internationale Konferenz einzuberufen.

Kurze polit. Nachrichten.

* Kultusminister a. D. Dr. v. Studt 7. 83 Jahre alt, ist dieser Tage Dr. v. Studt gestorben, der von 1889 bis 1907 also achtzehn Jahre lang, preussischer Kultusminister gewesen ist.

Ausfuhrperze in der Tschechoslowakei. Nachdem erst vor kurzem die tschechoslowakische Regierung eine Neuordnung der Ein- und Ausfuhr vorgenommen und Ein- und Ausfuhrfreilisten offiziell veröffentlicht hatte, wird jetzt, wie der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband in Berlin mitteilt, mit Hinblick auf die durch die Salutarverhältnisse und die politische Lage geschaffenen Bedingungen eine teilweise Sperre der Ausfuhr vorgenommen. Es ist hier von neben Lebensmitteln und Landesprodukten sowie Rohstoffen Eisenwaren eine große Reihe anderer Waren betroffen, deren Ausfuhr aus der Tschechoslowakei bisher sehr reger war. Die Ausfuhr dieser Waren ist bis zum Widerruf bedingungslos untersteht, selbst Ausfuhrbewilligungen werden nicht erteilt und die Eisenbahnbehörden sind angewiesen, Waren dieser Gattung überhaupt nicht zur Beförderung anzunehmen. Die Verordnung ist mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten.

Badische Uebersicht.

Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten.

In einer Heidelberger Zentrumsversammlung warf Finanzminister Köhler dieser Tage einen Rückblick auf die Tätigkeit der badischen Regierung, wobei er lt. „S. Tagbl.“ u. a. folgendes ausührte: Auf Sozialleistungen hat sich die badische Regierung nicht eingelassen. Durch die Erwerbung von Aktien in der Handelsgesellschaft und Ostjahrgesellschaft in Mannheim hat sich die badische Regierung einen maßgebenden Einfluß auf die Verhältnisse der badischen Wirtschaft gesichert; durch die Erwerbung der Aktien der Badischen Bank besitzt sie nun grundlegenden Einfluß im Konjunktur der Bank. Die Regierung hat weiter die gesamte Elektrizitätsversorgung des Landes auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Von der gegründeten Baden-Aktiengesellschaft hat der Staat die gesamten Aktien in seinem Besitz. Das Bergwerk wird an diese Gesellschaft übergeben und der Staat wird den weiteren Ausbau veranlassen. Weiter wird er den Schlußstein steuern, er ist am Großkraftwerk Mannheim beteiligt und plant den Ausbau der Stauffsee in Riedersheimstadt. Dann haben wir eine Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft wie kaum ein anderes Land in Deutschland. Gerade deutschnationale Kreise haben uns deshalb bekämpft. Sie hätten lieber dem Reichskapital anstatt dem Staat den Verdienst gegeben (Hört, hört!) Man kann sich ja denken, warum! (Weiterlekt. Zuruf: Mager!) Die Banken haben dem badischen Staat 400 Millionen Mark Obligationen geradezu spielend verschafft. Während heute noch die Redar-M.G. um Beiträge werben muß, haben uns die Banken für das Badenwert erneute Angebote gemacht. Das ist der beste Beweis, daß man Vertrauen zu diesem Unternehmen und zum badischen Staat hat. Weiter hat der badische Staat Erdölkonventionen ausgegeben. In Langenbrüden haben die Wohnungen jetzt wirklich einen Erfolg erzielt. Der Staat wird hier am Gewinn teilnehmen. In den letzten Tagen ist es uns nach zähem Ringen in Berlin gelungen, die Genehmigung zu erhalten, daß wir in Mühlheim zwei Kraftschäfte niederbetreiben dürfen. Die Erfahrung zeigt, daß die Kraftlager in Baden denen des Elßah durchaus entsprechen. (Bravo!) Auf diese Leistungen kann die badische Regierung stolz sein. Die Finanzwelt hat Vertrauen zum badischen Staat, denn seine Finanzen sind geordnet. Baden ist das einzige Land in ganz Deutschland, das seinen Frennia Staatsschulden hat. Einnahmen und Ausgaben balancieren durchaus. (Bravo!) Wir haben außerdem Reserven, so daß wir auch den kommenden Monaten verhältnismäßig ruhig entgegensehen können.

Aufgefundenes Geld.

Es wurde aufgefunden am 21. August: Im Zug 746 ein Taschchen mit 88,45 M., abgeliefert in Friedrichstal; im September: am 6.: auf dem Bahnhof Ragau der Betrag von 100 M.; am 7.: im Zug 922 ein Taschchen mit 13,40 M., abgeliefert in Baden-Dos; am 8.: im Zug 611 ein Geldbeutel mit 18,20 M., abgeliefert in Freiburg; auf dem Bahnhof Kleinfems eine Wappe mit 70 M.; am 15.: auf dem Bahnhof Singen (Hohenw.) der Betrag von 15 M., auf dem Bahnhof Basel (Wab.) der Betrag von 10 M., auf dem Bahnhof Dirschprung ein Geldbeutel mit 24,55 M.; am 16.: auf dem Bahnhof Heidelberg ein Geldbeutel mit 5,31 M., im Zug 977 ein Geldbeutel mit 58,55 M., abgeliefert in Heidelberg; am 17.: im Zug 1641 ein Geldbeutel mit 29,70 M., abgeliefert in Immendingen, auf dem Bahnhof Singen (Hohenw.) der Betrag von 50 M.; am 18.: auf dem Bahnhof Mannheim ein Geldbeutel mit 20,10 M.; am 19.: im Zug 1626 ein Geldbeutel mit 61,25 M., abgeliefert in Säckingen; am 21.: auf dem Bahnhof Heidelberg ein Wappbeutel mit 8 M.; am 22.: im Zug 75 eine Brieftasche mit 87 M., abgeliefert in Karlsruhe; im Zug 92 ein Geldmappchen mit 23,10 M., abgeliefert in Freiburg; am 23.: im Zug 176 ein Geldbeutel mit 72,65 M., abgeliefert in Fahr-Dinglingen; am 24.: auf dem Bahnhof Karlsruhe ein Taschchen mit 337,75 M., auf dem Bahnhof Saslach der Betrag von 10 M., auf dem Bahnhof Wöringen-Niedelshausen eine Wappe mit 12,60 M.; am 24.: auf dem Bahnhof Forstheim ein Geldbeutel mit 14,70 M.; am 26.: auf dem Bahnhof Fahr-Dinglingen der Betrag von 84 M.; am 27.: auf dem Bahnhof Basel (Wab.) der Betrag von 80 M., im Zug 948 ein Geldbeutel mit 9,65 M., abgeliefert in Heidelberg; am 29.: im Zug 454 ein Taschchen mit 14 M., abgeliefert in Heidelberg; am 30.: im Zug D 2 eine Brieftasche mit 165,40 M., abgeliefert in Basel (Wab.).

Ein republikanischer Lehrerbund.

DZ. Aus Freiburg wird uns berichtet: In einem Aufruf, der unterzeichnet ist von Professor Breusch, Universitätsprofessor Dr. Kantarowicz, Hauptlehrer Einswald, als den drei Vorsitzenden eines eingetragenen republikanischen Lehrerbundes an Volks-, Mittel- und Hochschulen, heißt es: „Unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse, die blutig die Gefahren beleuchtet haben, die unserer jungen Republik von innen und außen drohen, und angesichts der Notwendigkeit, durch die Schulen ein neues, mit republikanischem Geist erfülltes Geschlecht heranzubilden, haben sich in Freiburg i. B. Männer und Frauen des Lehrberufes zu einem republikanischen Lehrerbund an Volks-, Mittel- und Hochschulen zusammengeschlossen. Wir sehen in der demokratischen und sozialgerichteten Republik die einzige Staatsform, die eines gebildeten und selbstbewußten Volkes würdig ist. Sie ist zugleich die einzige, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems unserer schwerbedrückten Vaterland den inneren Frieden zu wahren vermag und das nationale Sehnen, nach Vereinigung aller deutschen Stämme zum Großdeutschen Nationalstaat erfüllen kann. Wir wollen die heranwachsende Jugend zu sozialem Fühlen und Handeln, zu republikanischem Verantwortungsgefühl und zu demokratischem Bürgergefühl erziehen, durch unser Beispiel nicht minder als durch unbedingte Wahrhaftigkeit der Darstellung auf allen Wissensgebieten. Wir sind entschlossen, jeder an der Schule sich zeigenden, gegen die demokratische Republik gerichteten Propaganda entgegenzutreten, komme sie von rechts oder von links. Auch werden wir Anfeindungen und Schädigungen, die Lehrern oder Schülern aus ihrem Bekenntnis zur Republik erwachsen, gemeinsam abwehren. Parteipolitik liegt uns fern. In unserer Reihen ist jeder, ohne Rücksicht auf die Partei, willkommen, der sich rückhaltlos zur demokratischen Republik bekennt. Wir fordern gleichgesinnte Lehrer aller Schulen im Reich und Land zum Beitritt zur Gründung weiterer Ortsgruppen und zur Rücknahme mit dem Freiburger Lehrerbunde auf. (Freiburg, Merianstraße 24). Außer den schon genannten Unterzeichneten stehen folgende Namen unter dem Aufruf: Professor Dr. Dauter, Schriftführer, Hauptlehrer Leiber, Kassierer, Weißberg für die Volksschulen; Lehrerin Fr. Groth, Hauptlehrer Kaus, Hauptlehrer Rothberger, Hauptlehrer Schilling, Hauptlehrer Geisler, Hauptlehrer Weber. Für die Mittelschulen: Prof. Burger, Prof. Ederle, Prof. Schmid, Lehr. Prof. Weig. Für die Universitäten: Prof. Dr. Heiß, Prof. Dr. Rot und Prof. Dr. Königsberger.

Zum Frontwechsel der „Bad. Presse“.

* Der Verlag der „Badischen Presse“ in Karlsruhe veröffentlicht folgende Erklärung: „Zu dem in Karlsruhe unläufigen Gerücht, daß die „Badische Presse“ in den Besitz des Großindustriellen Hugo Stinnes übergegangen sei, erklären wir hiermit, daß dasselbe völlig aus der Luft gegriffen ist. Die „Badische Presse“ ist nach wie vor eine wirtschaftlich und politisch völlig unabhängige Zeitung.“

Dieser letztere Satz kann wohl nicht ganz stimmen, nachdem die „Bad. Presse“ vor kaum 4 Wochen in ihrem bekanntem Leitartikel erklärt hat, sie wolle den Tatsachen seit ins Auge sehen, sich nun liebgewordenen Vorstellungen losreißen, und im Sinne der deutschliberalen Volkspartei wirken, die sie als das gegebene Sammelbecken aller liberalen Elemente des Bürgerturns empfiehlt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Erpreßgebühren. Wegen erheblicher Steigerung des Betriebsaufwandes bei den amtl. Postämtern werden mit Wirkung vom 1. Novemb. 1921 die Mollgebühren für Erpreßgut, bei unter Ortsklasse A und B des Tarifs genannten Stationen erhöht. (Näheres siehe „Staatsanzeiger“.)

DZ. Das Salutaclend. In letzter Zeit wurden, wie wir einem Schweizer Blatt entnehmen, wieder waggonweise Fahrräder, Fische, Schaufen, Kammern, Haushaltsgegenstände, Bücher und dergleichen über die Grenze geschleppt, die im Kettenhandel wieder weiter vertrieben werden. Aber 70 Pakarten sind an der Nordgrenze ausgestellt worden und man schätzt die tägliche Einfuhr auf mindestens 120.000 Franken. Die Zeitung bemerkt, es sei ganz recht, daß die Deutschen einsehen, daß es so nicht weiter gehen könne. Sie schreibt: „Wenn die Käufer nicht nur aus dem Kanton Schaffhausen oder Thurgau und Zürich oder St. Gallen, die an der Grenze liegen, stammen, sondern weit aus dem Innern der Schweiz mit dem Auto dahingekommen und diese von ihnen Masseneinkäufe machen, soll man da nicht fragen: wo wills noch hinaus?“ Es sei bewiesene Tatsache, daß diese Masseneinkäufer nicht Kaufleute, sondern Privatleute sind.

DZ. Kuppenheim, 31. Okt. Ein Automobil, das gestern Abend in der Nähe des sogenannten Krughofes zwischen Oberndorf und Kuppenheim fuhr, stieß auf ein zweites, ihm entgegenkommendes Automobil. Das erste Automobil wurde umgeworfen und vier Personen durch den Anprall aus dem Automobil herausgeschleudert. Sie wurden sehr schwer verletzt. Der Chauffeur stammt aus Mielichbach. Die Verletzten, von denen kaum einer mit dem Leben davon kommen dürfte, wurden ins Krankenhaus nach Baden-Baden verbracht. Das zweite Automobil fuhr rücksichtslos an dem ersten vorbei und ließ die Verletzten liegen. Man hat bis jetzt noch keine Spur von ihm.

Aus der Landeshauptstadt.

* Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegskriegsbeschädigten und Kriegsernteliebenden veranstaltete am Sonntag nachmittag auf dem Ehrenfriedhof eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen und infolge des Krieges Verstorbenen. Die Schülerkapelle und das Doppelquartett des Männerturnvereins 1848 e. B. umrahmten die eindrucksvolle Ansprache des Gauvorsitzenden Oberle mit wohlgeklungenen musikalischen Darbietungen.

Ein 50jähriges Geschäftsjubiläum. Am 1. November blüht die bekannte Expeditionsfirma Carl Laffen, die auch in Karlsruhe eine Filiale unterhält, auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurück. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat sich das Unternehmen mit seinen jetzt 40 Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu einem der ersten auf seinem Gebiet entwickelt. Der Gründer der Firma, Herr Konrad Laffen, der diesen Tag bei bestem Wohlsein erleben kann, hat sich vor mehreren Jahren vom Geschäft zurückgezogen und Herr Konrad Christian Laffen ist jetzt Alleinherr der Gesamtkongerns.

WICHSMÄDEL
des BOHNERWACHS
der besseren HAUSFRAU
Verkaufsstellen:
Drog. W. Tacharnitz,
Amalienstr.
19; Drog. A. Vetter, Zirkel 15, Ecke Adlerstraße.
Hersteller Wichsmädelwerke, Dresden-Relok.

Badische Gemeindeschau.

DZ. Freiburg, 28. Okt. Der Stadtrat genehmigte zur Schaffung günstigerer Verhältnisse in der Kinderklinik die Ausführung einer Reihe von Verbesserungen mit einem Aufwand von 500 000 M., wovon die Stadt einen durch Kapitalaufnahme zu befreienden Teil von 210 000 M. zu übernehmen hat. Ferner sollen durch Kapitalaufnahme aufgebracht werden 1 625 000 M. zur Erweiterung des Industriegebietes durch Aufschließung eines neuen Blocks, jedoch sollen die Arbeiten nur stufenweise ausgeführt werden. Schließlich beschloß der Stadtrat energische Schritte bei der Regierung, damit diese auf dem Kartoffelmarkt einschreite und ertägliche Zustände schaffe. Die Preisprüfungsstelle soll zur Bekämpfung der Preisstreiber im allgemeinen (Verkaufsläden usw.) eine schärfere Kontrolle ausüben. Zu diesem Zwecke wird die Geschäftsführung dieser Stelle dem Marktamt angeschlossen werden mit Unterstellung unter die Marktcommission, die durch Mitglieder der Preisprüfungsstelle erweitert werden soll. Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage über neue Gebühren für die Straßencleaning vorgegangen, deren Kosten sich jetzt auf annähernd 2 Millionen M. jährlich belaufen. Durch Einführung der Kolonnenreinigung und Verringerung der Intensität der Reinigung, soll eine Ersparnis von 500 000 M. gemacht werden. Kündigungen sollen nicht vorgenommen werden, doch sollen etwaige Abgänge nicht ergänzt werden. Die Straßencleaninggebühr entspricht in ihrer Höhe den für die Kanalgebühr festgesetzten Sätzen und soll bei vier Prozent Mietwerte jährlich 800 000 M. erbringen.

Staatsanzeiger.

Zur Abänderung der Entscheidung vom 6. Oktober d. J. wird der Bescheid für die Gemeinde Büdingen, Amt Konstanz, festgesetzt, wie folgt:

- für männliche Personen:
 unter 14 Jahren 40 M., von 14—16 Jahren 60 M., von 16—21 Jahren 100 M. und über 21 Jahren 120 M.;
 für weibliche Personen:
 unter 14 Jahren 30 M., von 14—16 Jahren 50 M., von 16—21 Jahren 80 M. und über 21 Jahren 100 M.
 Konstanz, den 28. Oktober 1921.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums:

Ernannt:
 Regierungsrat Julius Jung zum Oberregierungsrat die Oberregisoren Alfred Gromer und Heinrich Braun zu Revisionsoberinspektoren,
 die Oberregisoren Emil Uebelhör, Karl Eisenhut, Adolf Sitt und Johann Derr zu Verwaltungsinspektoren,
 Oberverwaltungssekretär Eugen Singer zum Verwaltungsinspektor,
 die Verwaltungssekretäre Ludwig Scholl und Otto Barnack zu Verwaltungsobersekretären.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Landtagswahl 1921 betr.
 Zur Ermittlung des Wahlergebnisses der am 30. Oktober ds. J. stattgehabten Landtagswahl im Wahlkreis V ist der Kreiswahlausschuß auf Donnerstag, den 3. November 1921, nachmittags 6 Uhr, in den Bezirksratsaal des Bezirksamtsgebäudes in Karlsruhe einberufen.
 Die Verhandlungen sind öffentlich.
 Karlsruhe, den 31. Oktober 1921.
 Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises V.
 Schaible, Oberamtmann.

Badisches Landestheater.
 Mittwoch, 2. November 7 b. g. 7/10 Uhr Mk. 20.—
Volksbühne A 3 Der Troubadour.

Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenkartikel usw. empfiehlt in großer Auswahl Karl Hummel, 13 Werderstraße 13, Stahlwaren-Geschäft, Rasiermesser-Hohlklotz-Fabrik. R. 565

Die Einlösung von Schuldverschreibungen der Stadt Rastatt.

Nachgezeichnete städtische Schuldverschreibungen vom Jahre 1908 sind zur Heimzahlung auf 1. Dezember 1921 gezogen worden:
 Lit. A zu M. 2000.— Nr. 24, 47, 153, 198 und 333.
 Lit. B zu M. 1000.— Nr. 115, 171, 297, 316, 430, 456, 489 und 547.
 Lit. C zu M. 500.— Nr. 14, 16, 284, 436, 492, 522 und 559.
 Lit. D zu M. 200.— Nr. 70, 161, 220, 237 und 419.
 Die aufgeführten Schuldverschreibungen werden auf den bezeichneten Termin, an welchem auch der Zinslauf aufhört, gekündigt und gegen Übergabe derselben, einschließlich der noch nicht verfallenen Zinscheine und Zinscheinanweisungen in Rastatt bei der Stadtkasse, ferner bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim, sowie deren Niederlassungen in Freiburg i. B., Heidelberg, Lehr i. B., Landau u. Pforzheim, bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Frankfurt a. M., den Herren Strauß & Co. in Karlsruhe und den Herren Ephraim Meyer & Sohn in Hannover eingelöst.
 Für etwa fehlende Zinscheine wird der Betrag am Kapital in Abzug gebracht und zurückbehalten.
 Rastatt, den 28. Oktober 1921. R. 740

Das Bürgermeisteramt:
 Renner. Gilbert.

Einrenttarif
 der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft vom 1. Mai 1913.
 Am 1. Dezember d. J. treten im Personenverkehr weitere Tarifveränderungen in Kraft.
 Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro.
 Rastatt, 29. Oktober 1921.
 Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft, Abteilung Baden.
 Für die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe.

den Verwaltungsausschuss Franz Maier, sowie die Kanzlei-sekretäre Otto Braun, Reinold Schley, Karl Ost, Oskar Schil-beder, Friedrich Rembert, Werner Schwidow und Rudolf Sud zu Verwaltungsekretären.

die Kanzleiaffistentinnen Elise Bauer, Sofie Schults, Klara Gelschmit, Sofie Daserer, Emilie Wagner und Ida Stier zu Verwaltungsaffistentinnen, sämtliche bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

Oberregisator Hermann Pfister in Mannheim zum Verwaltungsinspektor bei der Landesversicherungsanstalt Baden, Militärärzter Wilhelm Koller und Emil König bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zum Verwaltungs-assistenten.

Justizministerium.

Ernannt:
 Landgerichtsrat Erwin Einwächter in Offenburg für den Rest des laufenden Geschäftsjahres zum Untersuchungsrichter beim Landgericht Offenburg, Gerichtsassessor Franz Geppert, unter Zurücknahme seiner Ernennung zum Staatsanwalt in Mannheim, zum Landgerichtsrat in Waldshut, Gerichtsassessor Heinrich Keule zum Staatsanwalt in Mannheim, Kanzleiaffistent Emil Jösel beim Notariat Pforzheim zum Gerichtsvollzieher daselbst, Aufseher Jakob Reiff bei der Fürsorge-zugsanstalt Sinsheim zum Oberverwalter, und Kanzleigehilfe Artur Kieg zum Kanzleiaffistenten beim Notariat Graben.

Justizobersekretär Friedrich Gebhard beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Eppingen, Justizassistent Wilhelm Bischoff beim Notariat Mannheim zum Notariat Stodach.

Ernannt:
 Banddirektor Otto Roemer in Offenburg von seinem Amt als Handelsrichter beim Landgericht Offenburg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:
 der im einstweiligen Ruhestand befindliche Hofschneidmüller-direktor Dr. Hermann Poppen zum Musiklehrer mit der Bezeichnung Akadem. Musikdirektor an der Universität Heidelberg, die frühere elsass-lothringische Hauptlehrerin Franziska Kleiser zur Verwaltungsobersekretärin beim Kreisamtsamt Pforzheim.

Der Fachlehrer Dr. Hermann Wehler an der Universität in Heidelberg zum planmäßigen Fachlehrer (Fachlehrer) daselbst, unter Befreiung der Bezeichnung Universitätsfach-lehrer.

der frühere elsass-lothringische Regierungsekretär Max Berge mit Wirkung vom 1. Juli 1921 zum Verwaltungsober-sekretär bei der Verwaltung des Akademischen Krankenhauses in Heidelberg.

Hauptlehrer Hermann Speck in Bödingen, Amt Borsberg, zum Musiklehrer an der Realschule in Eppingen, Hauptlehrer Otto Haller an der Realschule in Baden-Baden zum Musik-lehrer am Gymnasium daselbst, Lehrer Theodor Wende zum Professor an der Kunstgewerbeschule Pforzheim.

Verwaltungsobersekretär Friedrich Schumacher, bisher bei der Nebenstelle des Landesgewerbeamts in Furtwangen, zum Finanzinspektor bei der Uhrmacherschule in Furtwangen.

Ernannt:
 Gewerbelehrer Christian Gähler von der Gewerbeschule in Rahr, unter Zurücknahme seiner Versetzung nach Sickingen an jene in Mannheim, Gewerbelehrer Wilhelm Mangler von der

Gewerbeschule in Mannheim an jene in Rahr, Gewerbelehrer Karl Ding von der Gewerbeschule in Bretten an jene in Karls-ruhe, Gewerbelehrer Heinrich Schärer von der Gewerbeschule in Karlsruhe an jene in Bretten, Handelslehrer Hermann Kahn von der Handelsschule in Bretten an jene in Karlsruhe.

Kassier August Andree bei der katholischen Stiftungsverwal-tung Karlsruhe als Revisionsinspektor zum katholischen Ober-stiftungsrat.

Entlassen:
 Handarbeitshauptlehrerin Emma Gertrud Besenbeth an der Höheren Mädchenschule in Rahr auf Ansuchen.

Arbeitsministerium.

Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Ernannt:
 Oberregisator Josef Kern zum Revisionsoberinspektor bei der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinter-blichenenfürsorge.
 zu Straßenmeistern: die Bausekretäre Josef Kraft beim Wasser- und Straßenbauamt Freiburg, Ernst Holzer beim Wasser- und Straßenbauamt Pforzheim.
 zum Oberregisator: der Zeichner Josef Schultze bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

Entlassen:
 Gewerbeinspektor Alfred Lang beim Gewerbeaufsichtsamt auf Ansuchen.

Ministerium der Finanzen.

Eisenbahn-Generaldirektion.

Ernannt:
 Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Obermaschinen-führer Wilhelm König in Karlsruhe zum Maschinenmeister ernannt.

Ernannt:
 Regierungsbaurat Albert Wolfhard, Vorstand der Maschi-neninspektion Offenburg, als Vorstand zur Werkstätteninspek-tion daselbst, Regierungsbaurat Friedrich Reßler, Vorstand des Maschinen-technischen Büros der Eisenbahngeneraldirektion, als Vorstand zur Hauptwerkstätte Karlsruhe, Regierungsbau-rat Wilhelm Strathaus bei der Hauptwerkstätte Karlsruhe, als Vorstand der Maschineninspektion nach Offenburg, Eisen-bahningenieur Jakob Berroth in Karlsruhe nach Hornberg, Eisenbahnspektor Wilhelm Wöhle in Karlsruhe nach Baden-Baden, und dafür die Versetzung des Eisenbahnspektors Heinrich Wiestler in Durlach nach Baden-Baden jurüdenom-men.

Oberrechnungskammer.

Ernannt:
 Verwaltungsoberinspektor Franz Sickingen und Verwal-tungsinspektor Franz Käfer beim Verwaltungshof, sowie Fi-nanzoberinspektor Aquilin Weber bei der Landeshauptkasse zu Revisionsoberinspektoren bei der Oberrechnungskammer.

Gestorben:

Ministerialrat Michael Ködel im Ministerium des Kultus und Unterrichts.
 Amtsrichter Eduard Minig in Mosbach.
 Heinrich Maurer, zurückgesetzter Professor, zuletzt am Gym-nasium in Mannheim.
 Oskar Böhringer, evangelischer Pfarrer a. D., in Königs-bach.
 Ernst Enderle, Oberregisator beim katholischen Oberstiftungs-rat in Karlsruhe.

Eine gut eingerichte Schmeidewerkstätte mit Krafthammer, Drehbank, Schraubenschneidmaschinen etc. würde

Spezialarbeit

übernehmen. Gest. Ange-bote unter R. 728 an die Expedition der Karlsruh. Ztg.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir zu der am

Samstag, 26. Nov. 1921, vormittags 11 Uhr, in den Geschäftsräumen zu Weinheim stattfindenden **außerordentlichen General-Versammlung** ein. R. 739

Tagesordnung:
 Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals von M. 8500 000.— auf M. 14 500 000.— durch Ausgabe von 6000 Stammaktien zu je M. 1000.— auf den Inhaber lautend, und Festsetzung der Mobilitäten hierfür.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre be-rechtigt, welche ihre Aktien oder eine mit den Num-mern der Aktien versehene Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung bei einem deutschen Notar spätestens bis Mittwoch, den 23. November, vor nachmittags 3 Uhr, bei der Gesellschaftskasse in Weinheim, der Rheinischen Creditbank in Mannheim und deren Zweigniederlas-sungen, der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen a. Rh. und deren Zweignieder-lasungen, oder bei dem Bankhause M. Hohenemser in Frankfurt a. M. hinterlegen.

Weinheim, 29. Okt. 1921.
 Der Vorstand
 der Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Plag & Söhne A.-G.

Bürgerliche Rechtspflege.

A. Streitige Gerichtsbarkeit.
 3.551.22 Wolfach. Auf-trag des Gerbers Fried-

rich Armbruster, in Fried-richshafen wird der am 30. März 1861 in Wolfach ge-borene, etwa 1880 v. Wolfach aus nach Nord-Amerika ausgewanderte, zuletzt in Brooklyn wohnhafte Kauf-mann Hugo Armbruster auf-gefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch, den 17. Mai 1922, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Wolfach, Zimmer 4 bestimm-ten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt wird.

Zugleich werden alle die-jenigen, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen aufgefordert, spä-estens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu erstatten.
 Wolfach, 17. Okt. 1921.
 Bad. Amtsgericht.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Bei der Gemeinde Schap-bach, Amt Wolfach, ist die Stelle eines

Katholischergehilfen, die durch unerwartetes Ab-leben des bisherigen Inha-bers erledigt wurde, wieder alsbald zu besetzen. Bezie-gnete und im Gemeindever-waltungsdienst durchaus erfahrene Bewerber, Kriegs-invalide haben den Vorzug, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes und Angabe der Gehaltsansprüche bei der unterzeichneten Stelle einreichen.
 R. 729.22
 Schapbach, 27. Okt. 1921.
 Der Gemeinderat.

Das Forstamt Staufen I verkauft freihändig 1 Fische IV. mit 140 Fm., 3 Eichen V. mit 177 Fm., 1 Eiche IV. mit 0,34 Fm., 5 Tannenstämme I. mit 16 Fm., 19 II. mit 30 Fm., 59 III. mit 54 Fm., 97 IV. mit

Total-Ausverkauf der Städtischen Bekleidungsstelle

Zur Beschleunigung unseres Totalausverkaufs eröffnen wir neben unseren bisherigen Verkaufsräumen in der Ausstellungshalle in der

Zähringerstraße 45a

eine weitere Verkaufsstelle und empfehlen zur Deckung des Winterbedarfs:

- Herren- u. Burschenanzüge,** zu . . . M. 250, 350
- Herren- u. Burschenmüster** in verschied. Farben zu M. 150
- Männer-Arbeitshosen** per Stück zu . . . M. 60 und 90
- Männer-Westen,** grau-Wolle, per Stück zu . . . M. 35
- Frauen- und Mädchenmäntel,** per Stück von M. 78 an
- Frauen-Kostüme,** per Stück von . . . M. 95 an
- Frauen-Blusen,** grau Wolle, per Stück zu . . . M. 20
- Wolldecken,** per Stück zu . . . M. 35 und 45
- Kinderstiefel** in schwarz und braun, weit unter Preis.
- Gummistiefel** mit Filzsohle, wasserdicht, zu M. 35 das Paar

Ausstellungshalle Eingang Nordseite u. Zähringerstr. 45a
 Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr. R. 736

Nadel-Rußholz-Berkauf.

Das staatliche Forstamt Kirchzarten bei Freiburg i. B. (Baden) verkauft frei-händig etwa 175 Festmeter Nadel- und Tannenholz aller Klassen (90% Fichten, 10% Tannen). Alles Holz liegt an guten Abfuhrwegen: Ninkenstraße in Rastatt, Talstraße St. Wilhelm und Schmelz-platzgebiet (St. Wilhelms). Fußlohn an die Station Kirchzarten etwa 40 Mark (unverbindlich). Losverzeich-nis und weitere Auskunft durchs Forstamt. Schrift-liche Angebote in Brozenten

der neuen Landesgrund-preise bis Freitag, den 11. November l. J., nachmittags 6 Uhr, erbeten. R. 591

Aus der Wilhelm-Kaurand-Stiftung sind 500 M. zu Babeluren kranker Kinder armer unbeflotener Wit-wen von badischen Staats-angestellten, vorzugsweise aus Karlsruhe, verfügbar. Gesuche sind unter An-schluß eines gemeinbedürfti-chen Bedürftigkeits- u. Leu-mundszeugnisses und eines ärztlichen Zeugnisses über Notwendigkeit, Art und Dauer der Kur bis 1. De-zember ds. J. bei uns ein-zureichen. R. 420.22

Karlsruhe, 17. Okt. 1921.
 Verwaltungshof.